



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/230 - 3.10.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-32  
Fernschreiber 039 890

Vorschau auf den 6. Oktober	S. 1
Die neue Regierung Dänemarks	S. 3
Die katholische Kirche und die Landjugend	S. 4
Wissenschaftler jagen Verbrecher	S. 6

## Der neue Bundestag

A.M.S. Am 6. Oktober werden die 509 neu gewählten Volksvertreter der zweiten Legislaturperiode erstmalig in Bonn zusammentreten. Es ist in seiner Zusammensetzung kein besserer Bundestag geworden, nur ein größerer, der nach der politischen Kräfteverschiebung des 6. September die Gefahr in sich trägt, die Kennzeichen des echten demokratischen Parlamentes verkümmern zu lassen. So ist es nicht verwunderlich, wenn bereits heute in Bonn das Wort umgeht, man habe den millionenverschlingenden Erweiterungsbau des Plenarsaales am falschen Platze aufgeführt: Man hätte ihn eigentlich um das zum "Vorparlament" gewordene Fraktionszimmer der CDU/CSU aufführen sollen! Noch mehr als in den vergangenen Jahren haben es in Zukunft die 250 Abgeordneten der Kanzler-Partei, verstärkt durch FDP, BHE und DP-Vertreter, in der Hand, unangenehme Debatten im Plenum zu unterbinden, ungewollte Ausschüßberatungen abzuwürgen und eigene Gesetzesvorlagen ohne Rücksicht auf die Opposition dem Parlament aufzuzwingen. Daneben wird man versuchen, unter dem Vorwand der von Präsident Ehlers bereits angekündigten Straffung der parlamentarischen Arbeiten die Wirkungsmöglichkeiten der Opposition zu beschneiden, der man andererseits aus optischen Gründen einen Vizepräsidenten des Bundestages und einige Ausschüßvorsitzende weiterhin konzedieren wird, nachdem man in allen Ausschüßen ohnehin die Mehrheit hat. Die Besucher des vergrößerten Plenarsaales werden daher in Zukunft von dem in

Bonn Gebotenen recht enttäuscht sein, wenn man Parlamentssitzungen zu einer öffentlichen Lesung der bereits hinter verschlossenen Fraktions-türen gefaßten Beschlüsse machen sollte.

Wie sehr sich die übrigen Koalitionsparteien von der übermächtig gewordenen Kanzler-Fraktion ins Schlapptau nehmen lassen, wird sich bei einigen bemerkenswerten Entscheidungen herausstellen. Wenn die Partei Dr. Adenauers zu den Worten ihres Vorsitzenden steht, dann könnte in nicht allzu ferner Zeit mit der Vorlage eines neuen Bundeswahlgesetzentwurfes gerechnet werden, dessen Beratung und Verabschiedung man nicht wieder bis zum Ablauf der Legislaturperiode hinauszögern wollte. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß man diese Vorlage, die eine erste gefährliche Belastung der Koalition bringen würde, schon in abschbarer Zeit vorlegt, zumal beim Vorschlag des reinen Mehrheitswahlrechtes die gegenwärtigen Koalitionshängsel praktisch durch ihre Zustimmung gezwungen würden, ein Gesetz zu verabschieden, das sich in vier Jahren als Todesurteil über ihre eigenen Parteienüberreste herausstellen könnte.

Auch um eine Reihe anderer Pflichtaufgaben, die dem neuen Bundestag aus der Verfassung erwachsen, wird man sich gleichfalls zu drücken versuchen; so etwa um das Ausführungsgesetz zu Artikel 15 des Grundgesetzes (Gemeineigentum), bzw. zum Ahlener Programm der CDU, an das die Parteifreunde Dr. Adenauers heute nur noch ungern erinnert werden. Auch die Frage der Neuordnung des Bundesgebietes, die ein eigener Ausschuß des ersten Bundestages einmal mit großem, bald versiegendem Elan in Angriff nahm, wird der zweite deutsche Bundestag angesichts der über die Fraktionsstärke der zentralistischen FDP hinausgewachsenen föderalistischen CSU, nicht forcieren dürfen, ohne schwere Risse im mühsam verputzten Koalitionsgebäude sichtbar werden zu lassen. Daß fast traditionell gewordene Anträge der FDP auf Errichtung einer Bundesfinanzverwaltung und ähnliche zentralistische Vorstöße durch die neuerliche Bindung der Freien Demokraten an die Partei Dr. Adenauers keine Erfolgsaussichten mehr haben, braucht ebensowenig erwähnt zu werden, wie etwa die Tatsache, daß von den Parteien der Bonner Koalition nicht zu erwarten ist, daß sie im Wege eines von der SPD seit langen geforderten Parteiengesetzes Licht in das geheimnisvolle Dunkel ihrer Parteifinzen dringen lassen.

Auch bei der Beratung der Eherechtsreform, des Pressegesetzes, der Neuordnung im Rundfunkwesen und anderen Vorlagen wird es sich zeigen, wo konfessionelle Enge und autoritäre Bestrebungen einerseits und wo Toleranz und Meinungs- und Geistesfreiheit ihre Verteidiger haben. Die Verantwortung, welche in der kommenden Legislaturperiode auf der deutschen Sozialdemokratie als einziger Oppositionspartei in diesem Parlament liegt, ist kaum jemals größer gewesen. Schon wenige Wochen nach dem 6. September zeigt sich, daß sie in diesem harten Kampfe auch die Unterstützung vieler derer finden wird, die bisher nicht zu ihren Gesinnungsfreunden gehörten, denen aber der Wahlausgang mit seinen Konsequenzen die Entscheidung für die freiheitliche Demokratie und echtes soziales Handeln leicht gemacht hat.

+ + +

Regierung Hedtoft

KRK - Kopenhagen

Die Koalitionsregierung Eriksen versuchte nach der Folketingswahl zunächst im Amte zu bleiben und eine neue Bürgerkoalition zu bilden. Eriksen berief sich hierbei darauf, daß seine Partei, die Bauern-Linke, nicht nur nicht geschlagen wurde, sondern einen verhältnismäßig größeren Wahlerfolg buchen konnte als die Sozialdemokraten. Insbesondere bemühte sich Eriksen um die Hilfe der 14 Radikalen, die ja der Wirtschafts- und Sozialpolitik seiner Regierung zustimmten, wenn sie auch deren Außenpolitik (Zugehörigkeit zum Atlantik-Pakt) ablehnten. Die Radikalen wiederum wollten nur von einer Koalition Sozialdemokraten-Bauernlinke-Radikale etwas wissen, damit immerhin bekundend, daß ihre Ablehnung des Atlantik-Paktes nicht mehr so ernst zu nehmen sei wie früher. Genutzt hat ihnen der außenpolitische Negativismus bei den Wahlen jedenfalls nichts.

Das Zögern Eriksens wurde durch die Erklärung der Konservativen beendet, sich von der Regierungsverantwortung zurückziehen zu wollen. Der Auftrag zur Regierungsbildung ging daraufhin an Hedtoft, den Führer der Sozialdemokraten. Die Gegensätze in den Auffassungen über die Sozial- und Finanzpolitik machten es unmöglich, zu einer gemeinsamen Plattform Sozialdemokraten-Bauernlinke zu kommen, während die Radikalen keine Lust zeigten, sich an einer "kleinen" Koalition zu beteiligen. So bildete denn Hedtoft eine sozialdemokratische Minderheitsregierung.

Sie stützt sich auf 74 von 175 Mandaten. Ihre Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik wird nicht radikal anders sein können als die der bisherigen Regierung, da die bürgerliche Front in dieser Hinsicht geschlossen ist - es sei denn, daß es der Regierung Hedtoft doch gelingt, die Radikalen zu gewinnen, die von vorzeitigen Neuwahlen nicht erfreut wären. Die Sozialdemokraten haben ihre grundsätzliche Haltung zum Atlantik-Pakt zwar nicht geändert, aber die von ihm vorgesehene Bemannung dänischer Flugstützpunkte mit verkündeten Truppen vorläufig abgelehnt, und die Radikalen haben keine Ursache, an ihrer halstarrigen Ablehnung des Paktes festzuhalten.

Hedtoft ist als gewiegter parlamentarischer Taktiker bekannt, den es sehr wohl gelingen kann, mit der undankbaren Aufgabe zurechtzukommen, einer Minderheitsregierung vorzustehen. H.C. Hansen entstammt wie Hedtoft der Jugendbewegung und war einer der führenden Männer des unerirdischen Kampfes gegen die deutsche Besatzungsmacht. Er verfügt über ausgezeichnete Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete der internationalen Politik.

+ + +

#### Konfessionsstreit in der Landjugend ?

Konflikt zwischen Kardinal Frings und Reichsminister a.D. Hermes

Uns wird geschrieben:

Von der Öffentlichkeit unbeachtet, aber bezeichnend für die gegenwärtige deutsche Situation ist ein Kulturkampf, der zwischen dem Bauernverband und der katholischen Kirche entbrannt ist und der auch seine Schatten auf den kürzlich in Münster veranstalteten Bauerntag geworfen hatte. Es geht um die Bildungsarbeit an der ländlichen Jugend. Der Bauernverband, der sich als die ausschließliche Vertretung der Bauern betrachtet, will diese Arbeit zwar auf dem Fundament christlicher Grundsätze und im engsten Einvernehmen mit der Kirche, aber doch über den Konfessionen stehend und unter seiner Führung leisten. Gegen diese nach ihrer Meinung "interkonfessionell verwaschene Bildungsarbeit" wandte sich die katholische Kirche mit der Begründung, daß der Bauernverband eine kulturpolitische Linie vertrete, die das Gewissen des katholischen Landvolkes belaste. Daher erhebt sie den Anspruch, die Landjugend, soweit sie katholisch ist, von sich aus zu bilden.

Ein Einigungsvorschlag des Bauernverbandes wurde von der Fuldaer Bischofskonferenz als unannehmbar abgelehnt. Kardinal Frings bedauerte in einem Schreiben an den Bauernverbandspräsidenten Hermes, daß sich die Verhandlungen um die Landjugendarbeit zerschlagen hätten. Die deutschen Bischöfe hätten damit aber nunmehr ihre völlige Handlungsfreiheit in Fragen der Landjugendbewegung wiedererlangt.

Die völlige Handlungsfreiheit der Bischöfe bestand darin, daß sie von Münster und Paderborn aus in Hirtenbriefen von der Kanzel der katholischen Jugend die Teilnahme am Bauerntag untersagten. Darüber

hinaus scheuten sie, wie das evangelische "Sonntagsblatt" berichtete, auch nicht davor zurück, die üblichen Druckmittel gegenüber Führunternehmern wegen Bereitstellung von Autobussen und Gastwirtschaften wegen Bereitstellung von Massenquartieren anzuwenden.

Hätte nicht der benachbarte niedersächsische Bauernverband seine evangelischen Jungbauern mobilisiert, so wäre der Landjugendtag nur schlecht besucht gewesen. "Daß sich Bundespräsident Heuss", - wir zitieren wiederum das "Sonntagsblatt", - "unter diesen Umständen spontan entschlossen hatte, zu dem Landjugendtag in Münster persönlich zu erscheinen, kann ihm nicht hoch genug angerechnet werden".

Dieser Streit um die Führung in der ländlichen Jugendarbeit zeigt deutlich die Maßlosigkeit des Machtanspruches des politischen Katholizismus, denn es handelt sich hierbei nicht um einen Kampf gegen irgendeine kirchenfeindliche oder atheistische Gruppe, sondern um den Bauernverband, dessen Präsident der katholische ehemalige Zentrumsabgeordnete und Reichsminister HERMES ist, und der sowohl in evangelischen wie katholischen Gegenden, auf ausgesprochen christlicher Grundlage stehend, immer bereit ist, den Kirchen den ihnen zukommenden Einfluß zuzubilligen. Alles das genügt aber nicht dem katholischen Klerus, er will die Macht über die Menschen allein ausüben.

Wohin diese Totalitätsansprüche führen, wissen wir alle aus der jüngsten Vergangenheit. Inzwischen hat nun eine Unterredung zwischen Kardinal Frings und Präsident Hermes stattgefunden. Hermes, der sich auch in der Zeit des Tausendjährigen Reiches nicht gebeugt hat, (er wurde nach dem Attentat auf Hitler zum Tode verurteilt), blieb auch gegenüber diesen einseitigen Machtansprüchen standhaft und bewahrte der Bauernjugend die geistige Freiheit und das Recht auf eine unbeeinflusste eigene Entwicklung.

+ + +

Wissenschaftler jagen die VerbrecherBericht über das Bundeskriminalamt

dt. Achtzehn hochqualifizierte Wissenschaftler und 46 geschulte Fachkräfte sitzen im Wiesbadener Bundeskriminalamt, das zu den modernsten Einrichtungen unserer Zeit gehört, an empfindlichen Mikroskopen, hinter Mikrowaagen, die noch millionstel Gramm anzeigen, und komplizierten Destillationsanlagen, um aus Blutstropfen, Textilfasern, Erdklümpchen oder Speichelresten die Spur zu erkennen, die zur Verhaftung der kriminellen Störer des Gemeinschaftslebens führt. Von beiden Seiten wird mit allen neuzeitlichen Mitteln gekämpft: Das Verbrechen wird immer sorgfältiger geplant und durchgeführt, die Kriminalpolizei setzt immer neuere und bessere wissenschaftliche Erkenntnisse ein, um den Wettlauf zu gewinnen. Es liegt im Allgemeininteresse, daß der Kriminalpolizei jede Unterstützung zuteil wird, damit sie über eine schlagkräftige Organisation verfügen kann.

Die neue Arbeitsstätte des Bundeskriminalamtes läßt zunächst den Gedanken abwegig erscheinen, daß dort ein erbitterter Abwehrkampf gegen das Kapitalverbrechen geführt wird. Inmitten einer prachtvollen Waldlandschaft liegen die hundertfenstrigen Gebäude auf dem Geisberg über der Kurstadt Wiesbaden und bieten einen herrlichen Rundblick über die Rheinebene. Irgendeine unglückliche Laune hat aber leider die klaren Linien der Fassaden durch dauerwellenartige Dachkurven unterbrochen, die gemeinsam mit den häßlichen Rundstahlträgern der Veranden die unbehagliche Erinnerung an die 50 Jahre alten Strandanlagen in Ostende hervorrufen. Die schöne Parkanlage, die den ganzen Komplex umgibt, kann über diese Fehlleistung nicht hinwegtrösten, vor allem dann nicht, wenn man noch erfährt, daß der Kostenvoranschlag erheblich überschritten wurde. Sonst aber dürfte der Bau außen und innen den Anforderungen, die man an eine solche moderne Anlage stellen muß, vollauf entsprechen. Die 350 Mitarbeiter des Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Dr. Jess, können jedenfalls bereits heute so arbeiten, daß sie ihren Auftrag zu erfüllen vermögen, entscheidende Helfer im Kampf gegen das Verbrechen zu sein.

Die technische Apparatur des Bundeskriminalamtes, das entgegen den landläufigen Vorstellungen eine bestimmte, wenn auch eng umgrenzte Exekutivbefugnis hat, ist beeindruckend groß. Die Zentralkartei umfaßt

rd. 80000 Einzelkarten über Personen, die "von polizeilichem Interesse" sind und dem Amt gemeldet wurden. Die dazu gehörige Aktensammlung enthält etwa 75000 kriminelle Lebensläufe, die Lichtbildsammlung etwa 65000 Fotos und die Daktyloskopische Sammlung 482000 vollständige Zehnfingerabdrücke. Zwei- bis dreimal in der Woche erscheint das Bundeskriminalblatt, einmal monatlich das deutsche Fahndungsbuch mit annähernd 50000 Namen, und in Kürze kommt noch der deutsche Sachfahndungsnachweis hinzu. Von den Spezialkarteien sind die Namenssammlung der Rauschgiftstelle und die der Falschgeldabteilung, die schon 15000 Personen verzeichnet, von besonderem Interesse. Die Zahl der Rauschgiftverbrecher wird geheimgehalten. Man hört von erschütternden Einzelfällen, wie beispielsweise von der aus Jugoslawien versuchten, aber mißglückten Einfuhr eines Rohopiumpaketes von 10 kg Gewicht.

Die Zentrale der wissenschaftlichen Verbrecherbekämpfung des Amtes ist die kriminaltechnische Abteilung, deren Präzisionsarbeit oft an Zauberei gemahnt. Was hier geleistet werden kann, sei nur an einem einzigen Fall demonstriert: Vor wenigen Tagen gelang es den Munitionssachverständigen, anhand eines Revolvergeschosses, das jetzt in die Hand der Polizei gekommen war, ein Kapitalverbrechen aus dem Jahre 1947 aufzuklären und die Verhaftung des Täters zu ermöglichen. Ein kleines technisches Wunder für sich ist die im Amt selbst konstruierte Roboter-maschine zum Nachweis von Schreibmaschinenschriften, die nach wenigen Schaltgriffen selbsttätig die gesuchte Schreibmaschinentype, ihr Baujahr und ihre Seriennummer bekanntgibt.

Weithin unbekannt ist die Tatsache, daß auch die Bonner Sicherungsgruppe zum Bundeskriminalamt gehört. Ihr obliegt der umfassende Schutz des Bundespräsidenten, der Regierung, der ausländischen Missionen und Besucher, sowie der öffentlichen Dienstgebäude. Hier greift das Aufgabengebiet des Bundeskriminalamtes weit in den politischen Sektor hinein, was gewisse Probleme aufwirft.

Zum Schluß noch eine kurze Bemerkung: In den USA, wo die Verbrecherbekämpfung noch technischer und noch wissenschaftlicher erfolgt, wurde 1953 bisher alle 40,3 Minuten ein Mord oder Totschlag und alle 8,8 Minuten ein Raubüberfall begangen. Man wird daher zu fragen haben, welche Wege ein Volk und ein Staat einschlagen müssen, um diese düstere Seite des Gesellschaftslebens nicht allein der polizeilichen Abwehr zu überlassen.